

Kantonsrat

Anfrage Sarah Arnold und Mit. über Pariter-Verbundkontrollen nach dem Berner Modell zur gezielten Bekämpfung von Menschenhandel und Clan-Kriminalität

eröffnet am

Seit einigen Jahren führt die Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE interdisziplinäre Verbundkontrollen mit der Fremdenpolizei, Kantonspolizei, Gewerkschaften und dem Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit durch. Der Bund bewertet das einzigartige Modell als vorbildlich für andere Kantone. Gemäss Angaben der Berner Behörde sei Menschenhandel in der Baubranche, im Baunebengewerbe und im Gastgewerbe immer häufiger anzutreffen. Und immer neue Risikobranchen kommen demnach hinzu. Zuletzt sogenannte Barbershops, Nagelstudios, Privathaushalte, welche Care-Migrantinnen beschäftigen. Daher wurden die interdisziplinären Verbundkontrollen im Kanton Bern vor ca. acht Jahren eingeführt.

Gemäss Leiter der Stadtberner Fremdenpolizeichef Alexander Ott bringt die Zusammenarbeit grosse Vorteile, wonach die Arbeitsmarktkontrolle ihr wertvolles Wissen zu den Arbeitsbedingungen einbringt, Ungereimtheiten erkennt und so wertvolle Hinweise zu einem Anfangsverdacht liefert, welche zu weiteren Ermittlungsergebnissen bis hin zum ausbeuterischen Tatbestand führe.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Welcher rechtliche Rahmen besteht zur systematischen Zusammenarbeit von kantonalen Ämtern einerseits und dem Kanton und Gemeinden andererseits z.B. in Form von koordinierten Kontrollen und dem Austausch von Informationen bei Verdacht auf kriminelle Aktivitäten von Privatpersonen und Unternehmen?
2. Wie gestaltet sich aktuell die Zusammenarbeit der verschiedenen kantonalen Ämter in Bezug auf Verbundkontrollen wie auch dem systematischen Austausch von Hinweisen bei Verdacht auf kriminelle Aktivitäten? Dies namentlich, jedoch nicht abschliessend, für folgende Behörden:
 - Steueramt,
 - Migrationsamt,
 - Arbeitsamt,
 - Handelsregister,
 - Grundbuch.

3. Wie gedenkt die Regierung im Bereich der Pariter-Verbundkontrollen nach dem Modell des Kantons Bern weiter vorzugehen? Welche Vorteile erhofft sie sich daraus in Sachen Effizienz und Wirksamkeit?
4. Der Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei vom 22.08.22 ([B131](#)) befasst sich im Kapitel 2.215 mit der organisierten Kriminalität und betont das Erfordernis zur stärkeren Zusammenarbeit der Behörden auf Bundes- aber auch Kantonebene. Auch die [OE2030](#) enthält hierzu gewisse Informationen (Strategie Bund und Ressourcenbedarf Kanton Luzern).
 - Inwieweit sind Pariter-Verbundkontrollen darin enthalten?
 - Könnten solche Kontrollen mit der Erhöhung des Polizeibestandes und der Umstrukturierung durch oe2030 abgedeckt werden?